Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 09. August 2012 um 14:41 Uhr

Zuviele Laugenabfälle belasten Werra und Weser

Bäumer und Körtner: Salzeinleitungen in Werra zügig reduzieren – K+S darf Gerichtsentscheid nicht als Freifahrtschein verstehen

Hameln/Hannover (wbn). Der umweltpolitische Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, hat die Konzernleitung von K+S aufgefordert, trotz des aktuellen Verwaltungsgerichtsentscheids weiterhin die größtmöglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Einleitung von Salzwasser in die Werra spürbar zu minimieren.

Hinsichtlich des gestern vom Verwaltungsgericht Kassel abgelehnten Eilantrags der Gemeinde Gerstungen (Thüringen), einer Bürgerinitiative und eines Naturschutzverbandes auf sofortigen Stopp der Salzwasserversenkung beziehungsweise -einleitung sagte Bäumer: „Im Interesse der Werra- und Weser-Anrainer und mit Blick auf den Naturschutz tut K+S gut daran, den Gerichtsbeschluss nicht als Freifahrtschein für unbegrenzte Salzeinleitungen zu verstehen. Die Salzbelastung von Werra und Weser ist zu hoch.

Fortsetzung von Seite 1

K+S muss hier in eine deutlich Entlastung der Umwelt investieren – und zwar in einem zeitlich sehr überschaubaren Rahmen.“ Die CDU-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Bad Pyrmont, Ursula Körtner, sagte: „K+S muss auch vor dem Hintergrund des eingeleiteten EU-Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik seiner Verantwortung gerecht werden und die Vorschriften der europäischen Wasserrahmenrichtlinie einhalten. Die Menge

der Laugenabfälle muss endlich reduziert werden.“ Überlegungen für eine Salz-Pipeline von den Kali-Abbaustätten in die Nordsee erteilte CDU-Umweltpolitiker Bäumer eine klare Absage: „Die spürbare Reduzierung der Salzkonzentration kann nur vor Ort – an den Einleitungsstellen – erfolgen. Eine Pipeline-Lösung verschiebt das Problem, fördert zusätzliche Konflikte und bedeutet unterm Strich einen immensen Zeitverlust, der nicht verantwortbar ist.“